

# Volkstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei  
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.  
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“  
jedem Werttag nachmittags.

Redaktion:  
Halle a. S., G. Braunsstraße 17  
Fernsprecher 6802  
Sprechstunde täglich von 1/2 12-1/2 1 Uhr.

Verlag und Expedition:  
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27  
Fernsprecher 5407  
Rheingasse Leipzig Nr. 87573.

Nr. 177

Verlagspreis: Durch Postträger zweifach monatlich  
5.- Mk. einschließlich Frachtkosten. Für Schüler 4.50 Mk.  
Durch Selbstzug im Einzelheft 13.50 monatlich 4.50 Mk.  
Bestellfrist erst.

Halle, Freitag, den 30. Juli 1920

Anzeigenpreis: Im achtzahl. Anzeigenheft 60 Pf.; Reklame  
im Zeitl. 250 Mk. (z. B. Millimeter-Schild, Rollschienenzeiger  
50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Termin für die nächste  
Ausgabe meistens 9 Uhr.

4. Jahrgang

## Der Wahlerfolg der Unabhängigen.

### Deutschnationale Regierung in Mecklenburg.

Schwerin (Mecklenburg), 28. Juli. Die Mecklenburgische Zeitung meldet: Bei der heutigen Wahl des Ministeriums in Mecklenburg-Schwerin wurde gewählt zum Ministerpräsidenten Professor Dr. Reinde-Block (deutschnational) mit 28 Stimmen, 22 weiße Stimmzettel wurden abgegeben. Im Anschluß daran erfolgte auf deutschnationalen Antrag die Wahl der Minister. Gewählt wurden Amtsgerichtsrat Großkopf zum Minister des Innern, Oberlandesgerichtsrat Walter Schmidt-Hofst zum Justizminister, Deconomierat Steinmann-Radow bei Plaue zum Landwirtschaftsminister, Professor Dr. Reinde-Block zum Unterrichtsminister.

Dies Resultat ist ein neuer Erfolg der allseitigen Abstinenzpolitik der Unabhängigen, die zusammen mit Sozialdemokratie und Demokraten eine Mehrheit bilden konnten, sich dessen aber standhaft geweiht und so den deutschnationalen in den Sattel geholt haben. Wir gratulieren zum Siege!

### Unruhen in Danzig.

Danzig, 29. Juli. (WZ.) Gelegenheit einer heute nachmittags auf dem Hauptplatz abgehaltenen Demonstrationssammlung kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der in diesem Gebäude zu einer Sitzung des Staatsrats anwesende Oberbürger-

meister Sahn wurde gewalttätig aus der Sitzung herausgeholt, um zu der durch zahlreiche Reden aufgeregten Menge zu sprechen. Als der Oberbürgermeister vor die Menge geführt wurde, drang sie von vielen Seiten auf ihn ein und mißhandelte ihn schwer. Er wurde angesperrt von vielen, die ihn erreichen konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte von der Treppe des Rathshauses der Menge verschern werden. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgebäude führende Straße absperzte, da laut Gerüchten mit der Erfüllung der Forderungen einhergehen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgebäude führende Straße absperzte, da laut Gerüchten mit der Erfüllung der Forderungen einhergehen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgebäude führende Straße absperzte, da laut Gerüchten mit der Erfüllung der Forderungen einhergehen werde.

Danzig, 29. Juli. Gestern abend war die Ruhe wieder hergestellt. General Hauptling, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, empfing abends die Vertreter der Danziger Presse und widerlegte eine Nachricht des Blattes der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, nach der 22 englische Soldaten wegen verweigerter Entlassung des für Polen bestimmten Munitionsdampfers „Triton“ in Haft gelegt sein sollten. Diese Meldung habe die Menge veranlaßt zu betreten. Die Demonstrationssammlung war wegen des zu hohen Steuerlaufes und der häufig steigenden Verteuerung der Lebensmittel veranlaßt worden.

## Polen und Rußland.

### Wird heute Waffenruhe eintreten?

Warschau, 28. Juli. Die Presseabteilung des Ministeriums des Innern teilt mit: Am 28. Juli kam bei der Obersten polnischen Beeresleitung folgende vom 25. Juli datierte Depesche aus Moskau an:

An die Oberste polnische Beeresleitung. Auf die Direktiven, die das Oberkommando der Roten Armee erteilt hat und die in seinen Punkten vom 22. Juli zum Ausdruck kommen, teile ich mit, daß wegen der bestehenden Verschleppungen der Armeen an der Front, welche die Verbindungen mit hier erschweren, sowie wegen der sehr lebhaften Stimmung der wehrfähigen Bevölkerung gegen die Vertreter der polnischen Regierung, die durch die Verschleppungen der polnischen Truppen während der Okkupation und während des Rückzuges veranlaßt ist und uns zwingt, besondere Vorkehrungsmaßnahmen zu ergreifen, um mögliche Unfälle bei der Ueberführung der Front durch die polnischen Vertreter sowie bei ihrer Weiterreise zu verhindern, ich es für unmöglich halte, ein früheres Datum als den 30. Juli für die Ueberführung der Front durch Ihre Vertreter — dasselbe Datum, das am 26. Juli durch das Oberkommando der polnischen Truppen vom 22. Juli angegeben ist — festzusetzen. Die bestehenden Frontveränderungen machen es gleichfalls unmöglich, den genaueren Ort für die Uebernahme Ihrer Vertreter zu bezeichnen, und wir können nur den Weg angeben, auf dem Ihre Vertreter die Front überschreiten sollen. Die Bahn, die in Ihrem bereits erwähnten Telegramm angegeben ist, d. h. die Bahn Waranowitsch-Schwert, ist gemäßigt worden. Die Ueberführung der Front durch Ihre Vertreter wird an dem Punkte dieser Bahn, an dem unsere Vorhuten sich am 30. Juli um die 8. Stunde (8 Uhr abends) befinden werden, zu erfolgen können. Ihre Vertreter werden sich hinter den Vorhuten befinden. Nach der Uebernahme durch die Fronttruppen werden Ihre Vertreter nach Waranowitsch geleitet werden, wo sie mit Vertretern der Roten Armee zusammentreffen werden.

### Der Generalkommando der Frontarmee, gen. Tolkajewsky.

### Polens Antwort an Rußland.

Warschau, 29. Juli. (ZL) Auf das Radiotelegramm der bolschewistischen Obersten Beeresleitung hat das Oberkommando der polnischen Armee erwidert:

Der Empfang der Radiobotschaft des Sowjetoberkommandos vom 25. Juli wird bekräftigt. Das polnische Oberkommando wird seine benennmächtigen Unterhändler auf die Ghauffe Breit-Klomsch-Baranowitsch entsenden, an die Stelle, an der die Front sich alsdann befindet. Gleichzeitig bemerken wir, daß der Termin des 30. in unserem Radiotelegramm vom 22. nicht angegeben wurde. Das Oberkommando der polnischen Armee die Funktionen der Sowjetarmee nicht kennt, bitten wir um Radiotelegramm über die Behandlung und das Ver-

halten unserer Delegierten. Trifft ein Radiotelegramm nicht ein, so werden unsere Unterhändler nach dem internationalen Völkervertrag und der Haager Konvention handeln.

### Militärkonferenzen in Warschau.

Warschau, 29. Juli. (Telunion.) Die Presseabteilung des Ministeriums des Innern teilt mit: Gestern fand eine Sitzung der englischen und französischen Militärkommissionen mit dem englischen Minister statt. Es wurde über die Hilfe der Entente gegenüber Polen beraten. Die Hilfe soll mit größter Beschleunigung organisiert werden, um, falls der Waffenstillstand nicht zustande kommt, gerätet zu sein.

Warschau, 29. Juli. (Telunion.) Die englischen und französischen Militärmissionen haben in der Nacht vom 25. zum 26. eine zweite Konferenz mit dem Staatspräsidenten gehabt. Ein Teil der Mission begibt sich an die Front.

### Die neue Verteidigungslinie der Polen.

Warschau, 28. Juli. Generalkommando vom 28. Juli. Am nördlichen Frontabschnitt belegen unsere Abteilungen planmäßig die Linie Grajewo-Drowiec-Kamenc-Klomsch-Kobrin. Das Zentrum der polnischen Truppen geht ohne stärkeren Druck des Feindes nach Abwehr drückender Angriffe des Gegners an der Kobliner Ghauffe mit dem linken Flügel nach Westen zurück, um die Verbindung mit den nördlichen Armeen nicht zu verlieren. Südlich der Stoch-Linie Ruppe. Am Sturz und Sturz gruppieren sich unsere Truppen zur Angriffssaktion (I) um.

### Die russischen Waffenstillstandsbedingungen.

Die „Leipz. N. Nachr.“ melden folgende Waffenstillstandsbedingungen:

Riew, 29. Juli. Die russischen Waffenstillstandsbedingungen sind: Polen gibt Wilna, Wink, Grodno und Cholm auf. Polen liefert das gesamte Kriegsmaterial an Rußland ab, sowie 70 Prozent des Eisenbahnmaterials. Die Sowjetverfassung wird für die Dauer eines Jahres in Polen eingeführt. Polen bestimmt dann selbst seine neue Verfassung. Polen wird für die Dauer von fünf Jahren militärisch besetzt. Als Pfand werden die polnischen Salz- und Kohlengruben an Rußland übertragen. Wenn das man keine Eute ist. Sie sind zu sehr nach den Wünschen der Gegner Rußlands angefaßt.

### Joßs Juerfist.

Paris, 28. Juli. (WZ.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Boulogne hat mit Marshall Joßs gestern über die Lage Polens gesprochen. Joßs sagte ihm, er hoffe zuversichtlich, Polen habe die Mittel, die Armeen an einer bestimmten Stelle festzuhalten. Er habe Polen den Rat gegeben, nicht aggressiv zu sein, aber es müsse würdig bleiben und dürfe sich nicht den Willen des Siegers aufzwingen lassen. Es habe nur zu wollen und es werde nicht befehle sein.

## Zum Sozialistkongreß in Genf.

Von Eduard Bernstein.

Der internationale Sozialistkongreß, der am 31. Juli in Genf zusammentreten soll, hat eine größere und bedeutungsvollere Aufgabe zu erfüllen, als irgendeine der ähnlichen Konferenzen der letzten Jahre. Es soll sich auf ihm entscheiden, ob inmitten der Zerfahrenheit, die sich unter den Rückwirkungen des Weltkrieges eines großen Teils der sozialistischen Internationale bemächtigt hat, ein Stamm von Vertretern der bisher von ihr hochgehaltenen Grundsätze und Ideen zusammenhält, der stark genug ist, Vertrauen in seine Setzungskraft zu verbreiten und den heute an der zweiten Internationale irre gewordenen sozialistischen Parteien und Gruppen früher oder später den Gedanken der Rückkehr in die alte oder der Wiedervereinigung mit ihr als die beste Lösung des Problems der Wiederherstellung der Einheit der sozialistischen Bewegung der Kulturwelt erscheinen zu lassen.

Die Lage der sozialistischen Internationale ist heute eine ähnliche, wie sie es vor nahezu fünfzig Jahren nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges gewesen war. Auch jetzt hat ein Krieg die Wirkung gehabt, eine Spaltung der Internationale herbeizuführen. Zur waren die Größerenhältnisse anders. Wie der Weltkrieg den deutsch-französischen Krieg um Umfang der beteiligten Mächte und an Schärfe der Gegensätze und aufgewühlten Probleme übertraf, so hat auch der durch ihn verurteilte Konflikt in der zweiten sozialistischen Internationale sozial größere Mächte erfasst und sozial stärkere Gegensätze auf die Tagesordnung gesetzt, als der Konflikt von 1871/72 in der ersten sozialistischen Internationale.

Im letzten Grunde freilich liegt dem heutigen Streit auf dem Gebiet der Auffassung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse derselbe Gegensatz zugrunde wie dem Streit von 1871/72. Was damals Michael Bakunin Marx und dem Londoner Generalrat der Internationale gegenüber verfocht, verfochten heute die Bolschewisten Lenin und Genossen denjenigen Sozialisten gegenüber, welche in der sozialistischen Internationale die von Marx für diese aufgestellten Grundsätze auch weiterhin in Geltung erhalten wollten.

Marx hatte der Internationale den möglichst weiten Rahmen geben wollen, der mit der Anerkennung des Klassenkampfes der Arbeiter und der Verpflichtung auf diesen verträglich war. Anders Bakunin. Ihm, dem Angehörigen des belpolitisch regierten Rußland, das eine proletarische Klassenbewegung überhaupt noch nicht hatte, fehlte jenes Vertrauen in die sozialogen selbsttätige Erziehungskraft des Klassenkampfes der Arbeiter, und was er damals in Italien und der französischen Schweiz, wo er sich vorzugsweise aufhielt, vor sich sah, war nicht geeignet, ihm etwas davon einzufloßen. So verlegte er sich auf die Forderung, eine Bewegung zu schaffen, welche die mangelnde innere Kraft durch ein möglichst radikales Programm ersetzte. Er gründete den Bund der sozialistischen Demokratie („Alliance de la democratie socialiste“) mit dem Ziel, die radikalen Elemente der Internationale zu dem Zweck zusammenzufassen, dieser eine seinen Ideen entsprechende Haltung und Politik aufzudrängen. Das Jahr 1872 sah eine ähnliche Zusammenkunft aus der zum Londoner Generalrat haltenden Internationale sich vollziehen, wie wir sie heute gegenüber der zweiten Internationale vor uns sehen können.

Nachträglich haben viele ihrer Ueberläufer ihren Irrtum eingesehen und offen eingestanden.

Seute ist es nicht wesentlich anders als damals. Auch heute spielen Stimmungen eine viel größere Rolle als damals. Die Bedingungen auf der Grund gehende Ueberzeugung. Wir wissen, ein wie verflochtenes Bild in dieser Hinsicht unsere Unabhängigen darbieten. Anderwärts steht es jedoch durchaus nicht wesentlich anders: Dies ist man, z. B. das Protokoll der Osterkonferenz der britischen Independent Labour Party (I. L. P.), auf der mit 529 gegen 144 Stimmen die Auflösung von der zweiten Internationale beschlossen wurde, io wird man bei denen, welche für die Auflösung sprachen, die widerspruchsvollsten Meinungen vertreten finden.

In dem Augenblick, wo ich dies schreibe, liegen noch keine erschöpfenden Nachrichten über den Verlauf des Kongresses der Moskauer Internationale vor, wissen wir noch nicht, ob es zu einem Kompromiß der strengen Moskauer Richtung mit den Parteien des halben Weges geführt hat oder diesen letzteren von den ersteren der Eintritt nur gegen die vorbestimmte Unterzeichnung des Moskauer Programms gestattet wird. Wie dem aber auch sei, so haben wir jedenfalls mit der Wahrscheinlichkeit des Zusammenkommens der Internationalen Konferenz zu rechnen, die von den französischen Sozialisten und den deutschen Unabhängigen in Aussicht genommen worden ist und schon die Zustimmung der Sozialisten verschiedener anderer Länder, darunter die britische I. L. P., erhalten hat. Auf ihr soll der Zusammen-

...aber was für revolutionäre Sozialisten beraten werden.

Die Genfer Konferenz wird vorher zusammenzutreten. Wie soll sie sich im Hinblick auf sie verhalten? ...

Im Genf werden Anklagen wegen solcher Unfähigkeit oder vermittelter begangener Verbrechen zur Sprache kommen. ...

Seine Unfähigkeit zu politischer Arbeit hat sich jetzt wieder in Forderungen in anderen kleineren Parteien offenbart. ...

Die Unfähigkeit der Unabhängigen

Ihre Unfähigkeit zu politischer Arbeit hat sich jetzt wieder in Forderungen in anderen kleineren Parteien offenbart. ...

Romen und Julia auf dem Dorfe.

Die Götze hatten oder das Schauspiel bald fast, welches ihnen die gute Frau Manz gewährt, und blieben wieder, ...

bei den Wahlen dreifach getragenen Bürgerlichen dadurch an sich reißen wollten, daß sie sich als eine Fraktion konstituierten, wodurch sie auf 23 anwachsen. ...

Nun wäre es Aufgabe dieses unabhängigen Präsidenden gewesen, an die Regierungsbildung heranzutreten. Aber schon hier zeigte sich die totale Unfähigkeit. ...

Der Besatzungsstreifen.

Dem Ergänzungsausschuß, der letzten Reichstag ausgegangen ist, liegt eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über den vorläufigen Ausbau der Besatzungsverhältnisse vor. ...

Dieses Fall geht gerade die hochwertigen Gebäude (Warenhäuser etc.) in den verschiedenen Städten, sowie die teuersten Hotels für Zwecke der Besatzungstruppen beschlagnahmt worden. ...

Für die Unterbringung des Präsidenten der Weimarer Kommission verlangt der Eigentümer der von diesem in Anspruch genommenen Wohnung eine jährliche Entschädigung von 163 332 M., entsprechend dem Werte der Wohnung. ...

Die Denkschrift betont weiter die Notwendigkeit, dahin zu wirken, daß von den fremden Staaten selbst ein Druck auf ihre Besatzungsbehörden und -truppen in der Richtung ausgeübt wird, ihre Ansprüche im Rahmen des Friedensvertrages zu halten. ...

umwand, daß in zwei der bekannt gewordenen Fällen die Frauen Fraktionäre Generale auf Verfügung der Regierung ihrer Waffen, in denen ihres Eigentums eingekauft waren, zu Käufen der Götze, also unmittelbar auf Kosten des Reiches, für je 200 000 M. ...

Eine Desseration dieser furchtbaren Zustände hofft das Reichsfinanzministerium durch den Ausbau der Reichswehrverwaltung erreichen zu können. ...

Aber noch an ein anderes sollten wir denken. Nämlich, wenn die Besetzung sich wegen der Rohstoffe auf das Industriegebiet, oder wegen unserer Haltung im russisch-polnischen Krieg auf noch größere Teile Deutschlands erstrecken würde, wie ungeheuer mühte das Volk nicht allein unter den finanziellen Lasten leiden.

Politikern im Hauptausfluß.

Bei der Beratung des Postgesetzes im Hauptausfluß des Reichstags brachte Abg. Genosse Steinbock auf die neue Verordnung des Postministeriums über die Beamtensätze zur Sprache. ...

Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums des Innern hat Minister Koch einen Heberlöcher über die neuen im Ministerium des Innern zu leistenden Aufgabungen. ...

Der internationale Bergarbeiterkongress.

Berlin, 30. Juli. Eine Meldung des Berl. Tagebl. auf Genf zufolge haben sich zur Teilnahme an der am Montag beginnenden internationalen Bergarbeiterkongress bisher 70 Engländer, 35 Deutsche, 25 Franzosen, ...

weissagt hätte, er würde sich einst zu diesen wunderlichen Fischen stellen und gleich ihnen Fische fangen, so wäre er nicht bald aufgehoben. ...

So kam es, daß, als er eine Wand eines Gemäls tiefer und tiefer den Berg entlang ging, in welchem die Felsen festlich sprangen, da der Himmel voll Gemitter wolken hing, er unterwarf auf seinen Feind Mann traf, ...

# Deutscher Reichstag.

13. Sitzung. Donnerstag, 20. Juli. 10 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des vom Abg. Müller-Franken eingereichten Gesetzentwurfs, betreffend

## Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Habruck (Soz.): Ich will nicht das, was fundamental abgelehnt worden ist, hier zum hundertsten Male wiederholen. Wir beantragen die Beibehaltung der Untersuchungsbehörden, die heute nicht nur verurteilt werden kann wegen Flüchtigkeits, sondern auch wegen logenartiger Gefährdung der Disziplin. Wir können dem Antrag alle Parteien zu, sobald die Exekutive der künftigen Verfassung ihren bürgerlichen Kollegen gleichgestellt werden sollen. Dem demokratischen Antrag, der eine Einschränkung bei der Anwesenheit herbeiführen will, können wir nicht zustimmen. Wir wünschen die Grenzen der Disziplinargewalt unter dem Einfluss der Zivilgewalt zu sehen. Frankreich hat nur einen Berufs-Prozess gehabt, und ist dadurch bis in die Grundgesetze, erloschener worden; wir haben seit 1/2 Jahren den zweifelhafte Berufs-Prozess gehabt, die man gar nicht mehr alle annehmen kann. Vom Antrag gegen die Militärgerichtsbarkeit und dem Duzemburg über den Marlob-Prozess bis zum Marburger Fall. (Sehr richtig!) In den dreizehn Jahren unseres Volkes geht dadurch das Gefühl für die Beständigkeit der Gerichte in Gefahr. (Sehr richtig!) Als als Jurist und Rechtslehrer kann nicht anders, als mit dem Vize eines meiner Verehrten zu sagen zu machen, der von einer Juristenhochschule. Dieses Gesetz soll dazu dienen, einer verheerenden Justizschmach endlich ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig!)

Abg. von Gailwitz (Dn.) nimmt die Militärgerichtsbarkeit in Schutz.

Abg. Koenigs (U. S.): Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Führer aus dem kühnsten Kriege sich hinsetzt (Stürmische Proteste, allgemeines Durcheinander, Rufe des Präsidenten) dessen Worte beweisen, daß er selbst keine Ahnung von den Strafen des Vortrages Wortes des Redners gingen in dem Käse und dem Fortwährenden Unterbrechungen im Zusammenhang verloren. Redner fährt fort: die Militärgerichte haben im deutschen Volk jedes Vertrauen verloren.

Abg. Wolf (Alt.): Angesichts der veränderten militärischen Verhältnisse ist seine Partei der Ansicht daß jetzt die bürgerliche Gerichtsbarkeit notwendig sei. Sie erkenne die Überflüssigkeit und Unwirksamkeit der Militärgerichte gern an, die er erachtet diese Gerichte jetzt nicht mehr für angebracht.

Abg. Brüninghaus (D. V.): Dr. Koenigs hat der Sache der Offiziere die Schuld an allem gegeben. Namens der 10000 Offiziere, die der grüne Kalen bed, erhebe er gegen die Beschimpfung Einspruch. Er sei überaus, daß nicht zehn Jahre rechnen würden, bis das deutsche Volk die Elemente, die uns in das Unheil der Revolution geführt haben, vernichten werde. Redner wendet sich lobend gegen einige Einzelheiten des Entwurfs und schließt mit dem Hinweis, daß er die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für einen schweren Fehler halte.

Reichswirtschaftlicher Gehler sieht in dem Entwurf die Einführung eines in Weimar angenommenen Verordnungs und erklärt die Paragrafen 1 bis 8 werden angenommen. Zu Paragrafen 9 beantragen die Unabhängigen Resolution des Vorfalles gebrauchsbefugte Verhaftungen.

Abg. Kersfeld (U. S.) begründet den Antrag. Abg. Saas (Dem.) meint, unter gewissen Umständen müßte der Senat bestehen können, so einfach sei die Sache also nicht.

Ein Antrag der Unabhängigen auf Abschließung der Soldaten wird im Wege des Sammelbeschlusses mit 192 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Der Reichstag beschließt die weitere Lesung des Entwurfs. Abg. Brüninghaus (D. V.) Einspruch. Es erfolgt die zweite Lesung des Reichsnoteletts.

Abg. Bognher (U. S.) hält es nicht für zeitgemäß, daß der Präsident der Republik Herr über Leben und Tod sei, wie während der Landesversuche. Er behauptet, daß der Präsident auch in solchen Fällen Todesurteile unterzeichnet habe, wo es sich darum handelte, Lebensurteile, die in der Folge der politischen Kämpfe und im Dienst der Freiheit vorlägen, zu fällen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Bognher hat nicht in einem einzigen Fall nachgehakt. Er hat sich stets im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Gewalt gehalten. Ich habe es immer außer Acht gelassen, wenn der Belagerungsstand verändert werden mußte. Wir haben uns aber damals in einer Notlage befunden. Wünschenswert ist, daß die Verhältnisse auch nicht immer vorübergehenden Charakter haben, wie es für Vietnam verlangt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Von den 1929 beim Reichswirtschaftsminister unabhängigen Fällen hat in 577 Fällen der Reichspräsident von seinem Begnadigungsbefugnis Gebrauch gemacht. (Hört! Hört!) In drei Fällen von Todesurteilen ist allerdings Begnadigung nicht erfolgt, wie es sich, wie ich aus eigener Erfahrung, aus meiner Amtsstellung weiß, um außerordentlich schwere Verbrechen gehandelt hat. Ich als Vertreter der Arbeiterklasse zu reklamieren. (Lärm bei den U. S.) Zuruf des Abg. Geper: Ein Kulturmenschen unterschreibe solche Urteile nicht! Das erste Todesurteil in Sowjet-Rußland gegen den Diktator Dostoiwitsch war allerdings kein Todesurteil, sondern wurde nach dem Bericht Professor Ledebers nur auf Erhängen. (Lärm bei der Arbeit.) Die Todesurteile hat mit dem Sozialismus nicht zu tun.

Vizepräsident Well erklärt, der ehemalige deutsche Kaiser würde nicht in der Debatte erwähnt werden und muß sich auch eine Kritik gefallen lassen, aber es sei Pflicht des Präsidenten bei wie jeden anderen Staatsbürger gegen eine persönliche Beschäftigung und beschimpfende Norm zu kämpfen.

Abg. Bognher (U. S.) beharrt darauf, daß Präsident Eberl als Sozialdemokrat die Verpflichtung habe, kein Todesurteil zu unterzeichnen und führt mehrere Fälle aus dem Ruhrgebiet an, in denen auf Begnadigungsgesuche überhaupt nicht geantwortet wurde. Er wundert sich, daß die Rechte eine förmliche Strohpuppe sich als ihren Kaiser darstellte, die im Moment der Gefahr keine die Hand ergreifen habe.

Reichswirtschaftlicher Gehler nach Material einige Fälle im Ruhrgebiet anders, der als der Bognher. Beim Reichstag wünscht Abg. K. u. h. m. a. n. n. (Dem.) angesichts der großen Aufgabe, die dem Hause bevorstehe und angesichts des Umstandes, daß der Reichswirtschaftsrat die gleichen Fragen behandeln werde, das Mittel ergreifen würden, die Verhandlungssache des Hauses zu klären, etwa durch eine Begrenzung der Redezeiten.

Beim Reichstag Reichswirtschaftsministerium fordert Abg. Dr. Herz (U. S.) die Sozialisierung des Bergbaues und der Kohlenindustrie.

Aum Reichstag Reichswirtschaftsminister bringt Abg. Koenigs (U. S.) seine bekannten Klagen auf neuem Wege jetzt noch gefällte Urteile müße in einer Statistik aufgenommen und sofort eine allgemeine Amnestie gefordert werden.

Beim Reichstag Reichswirtschaftsministerium erhebt Abg. Ludwig (U. S.) Anträge gegen die Reichsjustiz, deren Unterzogen die Anordnungen des Herrn Ministers nicht Folge leisteten. Hierzu gehört der Fall Dörten, ebenso wie die noch immer nicht erfolgte Freilassung der Verhafteten der roten Armee. Im Falle der Kommunisten Minister verhaftet und bis heute bei seinem Rechtsanwalt nicht Einsichtnahme in die Akten gestattet worden. In 6000 Fällen seien Verhaftungen im Rheinland und Westfalen vorgenommen worden.

Abg. Düwelle (U. S.) stimmt der Amnestie zu, aber nicht als einer Gnade, sondern als einer Selbstverständlichkeit. Die Verurteilung der im Ruhrgebiet geübten Schmelzwerke und die Zurückführung leisteten noch schmerzlicher als die Militärstrafe. Redner fordert sofortige Revision der im letzten Jahre erangenen Urteile des Reichsjustizministeriums gegen Arbeiter, Kleinrentner und Reichsjustizminister. Seine entzogen, alle Anklagen gegen die Reichswehr nicht mit der Justiz zu tun. Die Anklagen seien sämtlich der Art, daß er nicht im Stande sei, sie hier im einzelnen durchzugehen. Er habe nicht die Absicht, sich der Verantwortung, die ihn treffen könne zu entziehen. Er soll binnen der Gewissenhaftigkeit und Billigkeit deutscher Richter hohes Lob. Zur Aufgabefristen ermahnt er, daß bislang 1279 Begnadigungsgesuche und 567 davon bereits bewilligt worden seien.

Das Haus genehmigt das Kapitel Reichsjustizministerium.

Während einer Geschäftsordnungsdebatte erklärt Reichswirtschaftlicher Gehler, daß im Friedensvertrag die Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt werde. Die rote Propaganda über diesen Punkt werde erst im Herbst kommen. Morgen werde eine den Wünschen der Entente entsprechende Notverordnung zur Erzielung kommen. Darauf vertritt sich das Haus auf morgen vormittag um 11 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Interpellationen und kleinere Vorlagen. Schluß 1/8 Uhr.

## Inland.

### Der Botshafterentscheid über das westpreussische Abstimmungsgebiet.

Der Botshafter hat, wie aus Paris gemeldet wird, den Wortlaut der Mitteilungen, die an die polnische und die deutsche Regierung gerichtet werden sollen, festgesetzt, die ihnen die gefassten Beschlüsse bezüglich Allensteins und Marienwerders zur Kenntnis bringen. Diese Gebiete fallen an Deutschland juristisch. Die Grenzkommission wird jedoch die Befugnis besitzen, um auf dem rechten Weichselufer einer Vertragsbestimmung, die den Polen die Niederwachung des Flusses zugesichert, Geltung zu verschaffen.

Was das Letztere bedeutet, belagt folgende Nachschrift:

Wie den „P. P. N.“ mitgeteilt wird, empfing der Oberpräsident von Dirschken, Dr. Lehr, in Königsberg eine Abordnung des Deutschen Ausschusses für Westpreußen, die ihm das alleitige Verlangen des westpreussischen Abstimmungsgebietes nach einer unvollständigen Verbindung mit Dirschken übermittelte und zugleich auf die große Sorge hinwies, die den westpreussischen Gebieten und dem ganzen Dirschken durch die polnischen Ansprüche auf das rechte Weichselufer drohen. Der von Polen geforderte Gebietsstreifen von 50 Meter Breite wurde mindestens an vier Stellen den Deich zerreißen und das mühsame Werk des Hochwasserlaufes, der Marienwerder Niederung, einer der blühendsten und fruchtbarsten Landstriche des östlichen Deutschland, zu zerstören machen. Er würde zugleich dem ganzen Osten des Reiches den vertraglich zugesicherten Zugang zur Weichsel verlegen. Der Oberpräsident erwiderte, daß die Ansprüche Polens im Friedensvertrag keine Stütze finden. Polen soll nach den getroffenen Vereinbarungen nur die Niederwachung der Weichsel und ihres rechtsseitigen Ufers erhalten, sowie die Regulierung und zur Verbesserung des Stromes erforderlich ist, dagegen hat es keinen Anspruch auf Souveränität über den begrabten und überdies zur Regulierung des Flusses viel zu breit bemessenen Streifen. Streifen hat es niemals für möglich gehalten, daß entgegen dem Friedensvertrage durch eine gewisse Abtrennung längs der ganzen Strecke der fernöstlichen Marienwerder Niederung eine künstliche Schranke zwischen Dirschken und dem rechten Ufer des deutschen Unterlaufs der Weichsel errichtet werden

konnte. Sobald er zuverfügung erlangen dürfte, das eine solche ungeheuerliche Forderung nicht nur in Polen erhoben, sondern sogar in den Kreisen der Interalliierten Kommission ernsthaft erwogen wurde, hat sich der Oberpräsident an das auswärtige Amt mit der Bitte gewandt, sofort durch den Pariser Vertreter mit aller Energie gegen diese Forderung zu protestieren. In den westpreussischen Wirtschaftskreisen ist man über diese drohende Gefahr sehr erregt. Man wollte Kundgebungen der bedrohten Bevölkerung haben, fortgesetzt fortzuführen, weitere Heben bevor. Die westpreussischen Vertreter beobachten sich besonders der gefährdeten Kreislager Jochanndorf, Neudiebau und Kleinfelde. Der Oberpräsident versicherte auf diesen Erien seine warmste Anteilnahme und erklärte, daß er seine Gelegenheit unbenutzt lassen werde, um für die Sicherheit des ganzen, in sich geschlossenen Abstimmungsgebietes zu sorgen.

### Warnung vor ausländischen Werbemännern.

Das Reichswirtschaftsministerium hat an die Reichswehr einen Befehl erlassen, in dem vor militärischen Werbungen gewarnt wird, die unter patriotischen Deckmantel zurzeit in Deutschland betrieben werden. Auf der einen Seite suchen gewissenlose Werbemänner aktive und entlassene Heeresangehörige zur „Bekämpfung des Bolschewismus“ geheimnisvollen Formationen anzuführen, die von Ostpreußen, Baltikland oder Finnland aus gegen das bolschewistische Rußland zu Felde ziehen sollen. Ähnliche Werbungen sind ferner bei fähigkeitslosen Gegenrevolutionäre im Gange, um sich Freiwillige anzuführen, hierbei scheint der verdrängte Major Bischof von Ungarn aus seine Hand im Spiele zu haben.

Auf der anderen Seite sollen auch die Volkshewerben verstanden, für ihre rote Armee Leute angeworben. Vor allen diesen Werbungen wird dringend gewarnt. Sowohl Werbungen für weiße wie für rote Garden werden auf das schärfste bekämpft werden.

### Die Ententetruppen bleiben im ostpreussischen Abstimmungsgebiet!

Bonlogne, 28. Juli. (Havas.) Millerand und Lloyd George haben auf Grund eines Gutachtens des Marschalls Joch die gestern von der Vorkontrollkonferenz getroffene Entscheidung, die Zurückziehung der britischen und italienischen Truppen aus dem Gebieten von Allenstein und Marienwerder einzustellen, genehmigt. Millerand, Marschall Joch und Finanzminister Warla sind gestern auch ebenfalls von Bonlogne abgereist. Im Unterhause behandelte Churchill das Verbleiben dieser Truppen im Abstimmungsgebiet mit der militärischen Lage im Osten.

### Englische Arbeiter nach Danzig?

Danzig, 28. Juli. Gestern nachmittag hat ein Kommando englischer Soldaten mit der Ausladung des für Polen bestimmten Munitionsdampfers Triton begonnen. Eine der Besprechungen des Generals Senking mit den Vertretern der Transportarbeiterverbände wies der General darauf hin, daß es in Zukunft nicht möglich sein werde, Besatzungstruppen zu Arbeitsstellen in Polen heranzuziehen. Es würde dann nicht ausgeschlossen sein, daß man schließlich englische Arbeiter nach Danzig holen werde.

### Die Handelsbeziehungen zu Holland.

Haag, 29. Juli. (Havas.) In den von dem Ausschuss der ersten Kammer über das Kredit- und Kohlenabkommen gemachten Bemerkungen erklärt die niederländische Regierung, daß die Beziehungen in Spa an Deutschlands Handelsfreiheit gegenüber Holland nichts geändert haben. In einem Brief erklärt der deutsche Reichsanwalt Krehenbach ausdrücklich, daß seine Regierung voll und ganz bereit sei, die vertraglichen Verpflichtungen ihrer Vorgängerin zu erfüllen. Bezüglich der Auslieferung des Kohlenabkommens sind seine internationalen Beziehungen zu bestätigen.

### Noch mehr Zirkeln durch Deutschland.

Aachen, 29. Juli. Heute trafen in Aachen 700 Tische-Slows mit dem Dampfer „Palencia“ und 3500 mit dem Dampfer „Minnelada“ ein. Sie werden morgen in Sonderzügen weiterreisen.

## Ausland.

### Der Kredit an Deutschland.

Paris, 29. Juli. Der Finanzausschuß beschloß mit 14 gegen 12 Stimmen nicht in Einzelberatung des Gesetzes, das einen Kredit für die Dauer von sechs Monaten als Vorstufe an Deutschland vorsieht, einzutreten. Man darf nunmehr annehmen, daß über die Angelegenheit morgen in der Kammer die Entscheidung getroffen wird und daß der Berichterstatter des Gesetzes Doumer seine Demission geben wird.

### Frankosilber Amnestie.

Paris, 28. Juli. (Havas.) Die Kammer hat die Vorlage über die Gewährung der Amnestie einstimmig angenommen. Dem Gesetz zufolge wird der Regierung die Möglichkeit gegeben, die Wehrmänner, auf die das Gesetz nicht ohne weiteres Anwendung findet, auf dem Gnadenwege zu amnestieren.

### Die russische Frage.

London, 29. Juli. Unterhause. Zur russischen Frage sagte Lord George, die englische Regierung stimme mit den Ansichten der italienischen Regierung überein. Die Alliierten hätten sich über den Wortlaut der Antwort reiflich geeinigt. In der Antwortorte heißt es: Die englische Regierung schlägt unter der Voraussetzung, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjetrußland und Polen bevorsteht, ihren Alliierten vor,

**Grosser Saison-Ausverkauf**

Herrnstiefel 168.<sup>00</sup> 178.<sup>00</sup> 188.<sup>00</sup> 198.<sup>00</sup> Damenhalschuhe Spange 60.<sup>00</sup> Schoner 76.<sup>00</sup> 96.<sup>00</sup> 138.<sup>00</sup>

Leinenschuhe weiß 36.<sup>00</sup> schwarz 48.<sup>00</sup> grau 54.<sup>00</sup>

**Wielach's Warenhaus, Kl. Ulrichstrasse 11/12.**

an einer in London abzuhaltenden Konferenz, auf der auch die Sowjetregierung vertreten sein wird, teilzunehmen.

**Kopenhagen, 20. Juli.** Die Berlingske Tidende aus Kopenhagen meldet, berichtet ein Renner Blatt, daß hochheilige Personen innerhalb der russischen Sowjetregierung erklärt hätten, die Sowjetregierung habe niemals die Selbständigkeit der Manövrieren ernst genommen. Es wäre wünschenswert, wenn die baltischen Länder selbst die Frage ihres Anschlusses an Rußland aufwerfen würden. Im entgegengekehrten Falle würden sie dazu gezwungen werden. Die wichtigste Frage sei wohl der Weg Rußlands durch Estland und Lettland an die Dniepr.

**Eine Drohnote an Oesterreich.**

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Wien berichtet: Die Entente hat wegen des Vertrages für den Kriegseinsatz manövrieren, den die österreichische Regierung mit der Sowjetregierung abgeschlossen hat, eine schwerwiegende Drohnote an die deutschösterreichische Regierung gerichtet. In dem Verlaufe hat sich Oesterreich zur Neutralität verpflichtet und gesagt, daß es die Durchführung von Waffen durch Oesterreich vermitteln werde. Wegen dieser Bestimmung und einzelner anderer hat die Reparationskommission der österreichischen Regierung die oben erwähnte Note überreicht. Sie deutet an, daß sie Oesterreich die gegenwärtigen Kredite und der Beweise, die Rahmungsmitteleinsparungen entstehen werde, falls Oesterreich die Durchführung des Vertrages mit der Sowjetregierung beharren sollte.

**Die Franzosen in Damaskus.**

Beirut, 28. Juli. (Gazette). Die Franzosen sind in Damaskus eingedrungen, haben den Bahnhof und die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Truppen haben auf dem Marsche zahlreiches Material, das auf seiner reaktionellen Front zurückgelassen wurde. Am 7. Juli hat sich eine neue Regierung gebildet. General Gheorghi leitete General Gourand mit, der mit dem Kaiser, der das Land fast bis an den Rand des Abbruchs gebracht habe, aufgeführt habe zu regieren. Es solle eine Kriegserklärung von 10 Millionen als Wiedererstattung für die durch den Feldzug entstandenen Schäden gesammelt werden. Die Entwertung werde in den westlichen Gebieten sofort beginnen. Das Heer werde in Rollstruppen umgewandelt und stark vermindert. Das Kriegsmaterial solle an die Franzosen ausgeliefert und die Hauptstädte militärischen Gerichten überantwortet werden.

**Auch Herbedichmann soll kommunistisch.**

London, 28. Juli. „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß Herbedichmann sich vollständig unter kommunistischer Herrschaft befindet, von den letzten Oberkommandanten, die das Land jetzt regieren sind zwei Russen, zwei Georgier und nur die beiden am weitesten linksstehenden Faktoren. Das Heer besteht fast ausschließlich aus Russen, und zwar größtenteils aus Truppendeuten der früheren Mittelmehr-Armee, sowie der 20. bolschewistischen Division.

**Wirtschaftliches.**

Die Arbeiterinteressen und die Uebereignung. Bei Aufhebung der Lebensmittelpolitik haben sich bekanntlich die Vertreter der an der Spitze und Uebereignung beteiligten Kaufleute gegen

über dem früheren Reichswirtschaftsminister Schmidt erhoben, die damals erfindende Uebereignung in einem erheblichen Teil an die Reichsstelle zu gemeinnützigen Zwecken abzuführen. Durch Beschluß des Reichsrates und des parlamentarischen Ausschusses der Nationalversammlung trat Ende April eine entsprechende Verordnung in Kraft. Gegen die Rechtsgültigkeit und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Durchführung jener Verordnung wurden jedoch bei dem Reichswirtschaftsministerium zahlreiche Einsprüche der Interessenten erhoben. Der Reichswirtschaftsminister hat nunmehr entschieden, daß diese Einsprüche keine Folge gesehen, und die Einziehung der Abgabe alsbald durchgeführt wird. Der Vertrag ist für die Schutzhoerziehung der minderbemittelten Bevölkerung bestimmt.

**Kleines feuilleton.**

**Geheimnis vom 40 Jahre akademischer Lehrer.** Prof. Dr. med. Dr. phil. h. c. Wilhelm Kour habilitierte sich am 31. Juli 1880 an der Universität Breslau als Privatdozent für Anatomie. Somit kann er jetzt auf eine 40jährige Lehrtätigkeit an der Akademie zurückblicken. Seine außerordentlich wertvollen Leistungen auf dem Gebiete der Anatomie haben Kour einen weltberühmten Namen verschafft. Am 19. August wird Prof. Kour sein 25. Jubiläum als ordentlicher Professor in Halle feiern können.

**Sagenhafte Tierpark gefährdet.** Der Bestand des Zoologischen Gartens in Hamburg ist gefährdet, weil der Staatsaufwand, der bisher 600 000 Mark betrug, nicht geleistet werden kann und die Verhältnisse stetig sich verschlechtern. Der Tierpark hat sich der Gefahr durch die Steigerung der Löhne und aller übrigen Kosten sehr gefährdet. Wie die „B. Z.“ im Anblich dazu erzählt, steht auch der Abbau des Stellinger Tierparks von Dageb & Debor.

**Stadtheater.** Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr wird das französische Spiel „Als ich noch im Jünglingsalter“ gegeben. Sonnabend abends 8 Uhr geht als letzte Vorstellung in dieser Spielzeit Richard Wagners „Meisterling von Nürnberg“ mit Kommerzienrat Oscar Holz als Walter Stolzing in Szene. — Als Sondervorstellung zum Behen der Wohlhabender gelangt am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, die Operette „Soubert tanzt Bolero“ zur Aufführung.

**Hof-Sinfonie-Konzert des Stadt-Theater-Orchesters.** Mehrfachen Anträgen zufolge ist mitgeteilt, daß das am Montag, abends 8 Uhr stattfindende Sinfonie-Konzert des Stadt-Theater-Orchesters nicht auf der Feinsitz sondern im Stadtheater stattfinden wird.

**Spitzekampf in Magdeburg.**

Die „Entstellungen“ der „Magdeburger Zeitung“ haben unter Magdeburger Parteigruppen, die „Vollstimme“, veranlaßt, die sich hütende Redaktionen, die ihr bald von hier, bald von dort zugunsten, näher nachzugehen.

Diese Nachforschungen haben ergeben: In den Magdeburger Großbetrieben find, zum Teil im Einverständnis mit den Unternehmern, sogenannte „Detektive“ als Arbeiter eingestellt, welche die Aufgabe haben, die Arbeiterliste auszuwachen und das Ergebnis zur weiteren Verarbeitung an eine Zentrale abzuliefern. In dieser Zentrale werden die Spitzberichte an „Stimmungen der Magdeburger Arbeiterliste“ verarbeitet und in langen Telefongesprächen nach Berlin an die Hauptzentrale weitergegeben.

Die Berliner Hauptzentrale ist die Antifolkschmittsche Liga, die sich vertriebene Firmennamen nach dem Muster der in den letzten Tagen entlarvten „Aufbau-Zentrale“ beilegt hat.

Die Interzentrale Magdeburg ist die Deutsche Wirtschaftsschicht G. m. b. H. Berlin. Das Geschäftsbüro befindet sich in der Kaiserstraße Nr. 46. Leiter der Magdeburger „Wirtschaftsschicht“ ist Herr Stofz-Bathof, der sich persönlich als „Detektiv“ und Automaten, die von gewissen Elementen stark besetzt werden herumtreibt, um „Nachrichten“ für seine Auftraggeber zu gewinnen.

Die „Detektive“ für die Großbetriebe stellt die sogenannte Interzentrale-Gesellschaft, Kaiserstraße 66, die in Wirklichkeit nur ein Zweigunternehmen der „Deutschen Wirtschaftsschicht“ beim der Antifolkschmittschen Liga ist. Im April dieses Jahres wurden die Verhandlungen über die Bestellung von Detektiven zwischen der Interzentrale-Gesellschaft und einem sehr bekannten, in den letzten Tagen oft wieder als genannter Magdeburger „Großbetriebe“ zwischen einem Direktor, dessen Name uns bekannt ist, und jenem Herrn Stofz-Bathof geführt. Die Interzentrale-Gesellschaft ist bei all dem nur der Demantel.

Jedes Kind weiß, wie solche Spielzeug gewinnend sind, nachrichten zu bringen, wie sie von ihren Auftraggebern gewünscht werden. Führt der Weg der bloßen Anordnung nicht zum Ziele, so werden die Spielzeug als Spielzeug, die sich an geeignete, „zabotliche“ Elemente und Direktoren stellen, bekannt und sie zu allen möglichen Dummheiten verleiten. Nicht zuletzt sind sie vor allem bereit, an der Aufstellung von Plänen usw. mitzuwirken oder sie ganz aus ihren schamigen Fingern zu saugen.

Aus dieser Quelle ist der Bericht der „Magdeburger Zeitung“ geflossen.

**Neueste Nachrichten und Telegramme.**

**Vela Khun freigelassen.**

Berlin, 28. Juli. Am 20. d. M. ist der Kroatier freigelassener Vela Khun, bei dem sich zwei politische Persönlichkeiten, darunter Vela Khun befinden, in Berlin ausgewacht worden. Vela Khun ist ein ungarischer Betreuer in Berlin angefaßt, daß die ungarische Regierung einen Antrag auf Auslieferung Vela Khuns stellen werde. Seitdem ist eine Woche verlossen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre. Da es nicht anständig erschien, den vorläufig in Haft genommenen Personen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuzugestehen, hat die deutsche Regierung beschlossen, die Vela Khun aus seiner Begleitung in das von ihnen selbst gewünschte Ausland nicht länger zu verbleiben.

**Die Säuglings-Bewegung in Irland.**

Am 1. d. M., 29. Juli. Die englische Regierung hat zum „Allgemeinen Handelsschiff“ eine Anzahl ehemaliger Offiziere zur Dienstleistung in Irland unter die Waffen gerufen. In West-Irland ist wieder ein Polizeibeamter erschossen worden. In West-Irland ist wieder die über die Ermordung eines Beamten ermittelten Polizeisten das Vertrauen in Irland. Die in diesem durch die Bestimmungen der Bevölkerung gelöst wurden, vertrieben die Polizeisten das Innere des Landes vollständig. Am Dienstag ist ein britischer Kapitän von Meroth nach Irland abgegangen.

**Neue Regierung in Syrien.**

Am 1. d. M., 29. Juli. „Times“ meldet aus Kairo, daß in Damaskus ein neues Ministerium gebildet wurde, was auf eine vorläufige Verständigung mit Frankreich hindeutet. Ministerpräsident ist Abidin Farid, Präsident des Senats ist Abdurrahman Jafar, Kriegsminister Gamal El-Din, Minister des Innern Hafez Moustafa. Das Portefeuille des Äußeren ist noch nicht vergeben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Fämel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzog, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle. Dr. W. W. W. W.

**Wichtige Bekanntmachungen für Halle a. d. S. Lebensmittel-Kalender.**

**Auslandsendungen.** Nach einer Mitteilung der Provinzial-Landesstelle sollen demnächst 250 Gramm Auslandsendungen zur Kopf der Bevölkerung zur Ausgabe gelangen. Alle näheren Anordnungen hierzu werden rechtzeitig bekanntgegeben. Der Erlaß dieser Bekanntmachungen ist ein Anzeichen bei den Staatsoberhöhen, was bezieht, da hierdurch beim Publikum nur Unklarheiten entstehen.

**Preisermäßigung mit Kartoffeln.** In der Woche vom 2. bis 8. August können auf die Marke 82 der neuen Kartoffelstärke vier Pfund Kartoffeln gekauft werden. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 45 Pf. Der Verkauf erfolgt am Sonntag, den 3. Juli bis einschließlich Mittwoch, den 4. August.

Die abgetrennten Abchnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 3. August, im Stadtratsamt, Zimmer 46, abzugeben.

**Städtischer Verkauf von Getreide** am Samstag bis zu zwölf Jahren, an Jagendbilde von 12 bis 17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an, letzter von Regen und Kato in der Tafelrunde am Sonnabend, den 31. Juli. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 18 291 bis 30 000 normiertens von 8 bis 1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelkarten kann an Kinder bis zu 12 Jahren, an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und an ältere Leute von 70 Jahren an 1 Paket Getreidemehl zum Preise von 1 Mk. abgehoben werden. Ferner können an jeden Haushalt vier Kisten zum Preise von 4,50 Mk. für vier Stück, an jede Berlin eines Haushalts 100 Gramm Kato zum Preise von 3 Mk. für 100 Gramm abgehoben werden. Unentgeltliches Geld ist bereitzustellen.

**Kondensiertes Milch.** Auf die Milchstraten der Klasse IV (für Kinder) vom 4. bis 6. Lebensjahre wird vom Montag, den 2. August, an bis auf weiteres gegen Abgabe der für eine Woche gültigen

7 Abchnitte einer Milchstrafe 1 Dose tobenferierte Milch abgehoben. Der Verkauf erfolgt bei denjenigen Milchverkaufsstellen, bei denen die Anmeldeung von Milchabnehmern besteht ist. Der Preis einer Dose Milch beträgt 4 Mk. Die abgetrennten Abchnitte sind zu denbesten gebührend in besonderem Umfange bis spätestens Dienstag jeder Woche dem Stadtratsamt, Abteilung 11, einzuweisen. Der Preis der an lebende Frauen, Kranke und alte Leute über 75 Jahre abgehobenen tobenferierten Milch in Dosen wird vom Montag, den 2. August, an gleichfalls auf 4 Mk. für die Dose festgesetzt.

**Aberkochen.** Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Aberkochen in den Kleinhandelsbetrieben bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhandlaren, die mit ihren Vorräten veräußern können, können sich einen Bescheid im Stadtratsamt, Reichsplatz 22, 1. Obergesch., 2. Saal links, in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr, ausstellen lassen.

S a 11, den 30. Juli 1920. Der Magistrat.

**Nähmaschinen**  
Reparatur-Verkäufe für Nähmaschinen.  
**Karl Möller, Schmeerstr. 1.**  
9233.

**Weißensfels**

**Bundermonatsmenge für August 1920.**  
Die Bundermonatsmenge für August bis 31. ist von der Provinzial-Landesstelle wiederum auf 500 gr. festgesetzt worden.  
Weißensfels, den 30. Juli 1920.  
Der Magistrat.

**Fleischabgabe.**  
In der Woche vom 26. Juli bis 1. August 1920 werden 100 Gramm Amerikanischer Speck oder 100 Gramm Feinstück zum Preise von 2,30 Mk. verabreicht.  
Es haben nur Fleischkarten für die Woche vom 26. Juli bis 1. August 1920 Gültigkeit.  
Weißensfels, den 29. Juli 1920.  
Der Magistrat.

**Ausgabe von Spiritusbezugsmarken.**  
Die Ausgabe von Spiritusbezugsmarken an diejenigen Personen, die sich in der Zeit vom 21. bis 26. ds. Mts. beim hiesigen Lebensmittelamt, Marktplatz 1a, anmeldet haben, findet am Sonntag, den 21. ds. Mts., in der Zeit von 7 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags im hiesigen Lebensmittelamt, Marktplatz 1a, 1. Trepp., statt. Die Ausweisekarte ist vorzulegen.  
Verteilen die bei der Anmeldung in der oben genannten Zeit eine Ausweisekarte nicht erhalten haben, können diese am Sonntag gleichfalls mit in Empfang nehmen.  
Die bis zum 31. 7. 12 Uhr mittags nicht abgehobenen Spiritusbezugsmarken sind verfallen.  
Weißensfels, den 30. Juli 1920.  
Der Magistrat.

**Vernickelung.**  
Essenlöhner u. Fahrradern  
Hm. 20.  
**Gebr. Plato,**  
Gr. Brauhausstraße 29.

**Grente-Transp.**  
Schleifen  
Belastungsfähiger  
Sacken  
Zähnen  
empfehllich

**Albin Henzke,**  
24 Schmeerstr. 24

**Chelene! Frauen!**  
Verlangt umlohn Probi. Aber  
**Mutterlisch Anna**  
s. v. Schwärze, Hettlich.  
Unsigliches Elend  
liegt heute auf vielen Eheleuten und namentlich auf allen, denen e. heurigen Verhältnis eine baldige Heirat unendlich machen. Verlangen Sie gegen Einsendung v. 10.- Juliung in geschlossenen Umschlag Faust-Verlag, Dessau 38.

**Zu verkaufen**  
Neue hübsche dunkelblaue  
**Seidenbluse**  
Ordn. 44 büttig für 70 Mk.,  
u. neue idemzwe langfältige  
**Damen-Schmieschuh**  
Ordn. 38, büttig f. 150 Mk.,  
verkauft.  
Käuferschein-ke 102 L.

**Wachsmannen  
Wäschfäßer**  
In nur dauerhafter  
selber Handarbeit in  
großer Auswahl legt in  
billigen Preisen  
wieder am Lager. 2352  
**Böttcherrei**  
21 Schillerhof 21  
Nicht am Marktplatz.

**Die Kunst der  
freien Rede**  
Preis 2 Mark und 20,-  
oder  
Ed. Sauer.  
**Referentenfabrik**  
Preis 450 Mark u. 20 %  
Verlag der Volksstimme  
Gr. Ulrichstraße 27.

**Schluss der Anzeigen-  
Annahme 9 Uhr.**

**Der wunde**  
in allen Umpressanstalten und Hulfabriken  
wie bisher unpünktliche Lieferung. — Die  
**Stroh- und Filzhut-Fabrik**

**Herold & Schröder**  
ist durch Neuerrichtung ihrer Fabrik in der Lage pünktlich zu liefern.  
**Winterhüte für Damen u. Herren**  
werden schon jetzt angenommen und auf die modernsten Formen umgearbeitet. Gefärbt wird schwarz, blau, braun, grün und rot.  
Annahmestellen:  
**Hauptgeschäft: Grosse Steinstrasse 33**  
**Fabrik: Leipziger Str. 87 im Hause Elkan, II. Etage.**  
Die neuesten Umpressformen für Damen und Herren liegen aus.

**Ganz halte u. Umgegend staunt über meine Preise.**  
**Grosse Schweizer Stumpen 40-55 Fig.**  
**Zigarren in ungeheuren Qualitäten von 55-90**  
**Chesterfield, Blue Boys, Far West,**  
**Amerikas grösste Zigarette Alma**  
zu billigen Preisen.  
**Tabak, rein Havanna, ohne Rippen, 100 gr nur 5,50 Mk.**  
Denkbar günstigste Einkaufsmöglichkeiten für Wiederverkäufer.  
**M. Jasper, Zigarettenzentrale,**  
nur 86 Leinzeinstr. 96.

**Apollo-Theater.**  
Anf. 8, 11, 12.  
Der Graf v. Luxemburg  
Ballett. 9-11, 5-7 1/2.

**Stadt-Theater**  
Sonnabend, d. 31. Juli  
Vorstellung in  
dieser Spielzeit.  
Anf. 6, Ende n. 11 Uhr.  
„Die Meisterlinger  
von Nürnberg.“  
Sonntag:  
Sondervorstellung zum  
Besten der Wohlfahrts-  
kassen:  
Hohelt Franz Walzer.

**Solbad Fürstentum**  
Robert Franzstr. 10.

**Dauerhafte  
Portemonnaies**  
in prima Seber  
u. leberwässrig  
von Joh. Jersch.  
**H. Krasemann**  
Schmeerstr. 19.

Sehen ersehen, die  
Ihre Frau und Ihren Mann  
interessante Produkte  
von Joh. Jersch.  
**Die Flucht vor dem Kinde**  
1,20 Mark.  
Verlag der Volksstimme  
Gr. Ulrichstraße 27.



